



Presseschau vom 09.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

Dan-news.info: Gestern um 19:40 Uhr wurde der vierte Bergmann, der bei einem Dacheinbruch am 6. August verschüttet wurde, gefunden, um 20:15 wurde er an die Oberfläche gebracht. Auch er ist nicht verletzt“, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Damit sind alle verschütteten Bergleute gerettet worden.

Das staatliche Komitee für Bergbau- und technische Aufsicht der DVR hat eine spezielle Kommission gebildet, die den Vorfall in dem Bergwerk des staatlichen Unternehmens „Toresantrazit“ untersuchen und Maßnahmen erarbeiten wird, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

vormittags:

de.sputniknews.com: Russlands Botschaft nimmt Stellung zu „drakonischen“ US-Sanktionen. Die USA haben unter einem vorgetäuschten Vorwand „drakonische“ Sanktionen gegen Russland verhängt, ohne Erklärungen abgegeben zu haben. Ein entsprechendes Statement wurde im Facebook-Account der russischen Botschaft in Washington veröffentlicht.

„Am 8. August wurden unserem Berater im State Department die neuen ‚drakonischen‘ Sanktionen erklärt. Sie werden unter dem vorgetäuschten Vorwand verhängt, die Regierung

der Russischen Föderation hätte gegen den britischen Bürger Sergej Skripal und seine Tochter den nervenparalytischen Stoff ‚Nowitschok‘ eingesetzt. Es wurden keinerlei Fakten und Beweise vorgelegt“, heißt es aus der Botschaft.

Die Diplomaten betonten dabei, dass „sich die amerikanische Seite geweigert hat, unsere präzisierenden Fragen“ zu kommentieren, wobei sie dies mit Diskretion begründete.

Russland beharre wie bisher auf einer transparenten Untersuchung des Vorfalls im britischen Salisbury und der Bestrafung der Täter und schlage den USA vor, die Korrespondenz zu dieser Frage in die Öffentlichkeit zu bringen.

Am Mittwoch hatte das Außenministerium in Washington erklärt, dass am 22. August wegen angeblicher Verwendung von C-Waffen im britischen Salisbury neue US-Sanktionen gegen Russland in Kraft treten werden.

„Nach Verstreichen der 15-tägigen Frist seit der Benachrichtigung des Kongresses werden die Sanktionen in Kraft treten. Die entsprechende Benachrichtigung wird voraussichtlich am 22. August im ‚Federal Register‘ veröffentlicht werden“, hieß es...

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Losowoje, Prischib und Shelobok**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: Nordkorea ruft USA zu Erklärung von offiziellem Ende des Koreakrieges auf.

Nordkorea ruft die USA auf, das offizielle Ende des Koreakrieges (von 1950 bis 1953) zu erklären, meldet die Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf die nordkoreanische Zeitung „Rondom Sinmkun“.

Den Koreakrieg für beendet zu erklären, entspricht demnach den Anforderungen unserer Zeit und wird „zur ersten Handlung“ auf dem Weg zu „Friedensförderung und Sicherheitsgarantien“.

Die Zeitung schreibt, dass es „abnormal“ sei, „Misstrauen und Feindlichkeit“ zwischen Nordkorea und den USA zu sehen. Deshalb sei es notwendig, jetzt das Ende des Krieges zu erklären.

Ende Juli hatte das Weiße Haus mitgeteilt, dass Nordkorea den Vereinigten Staaten die Überreste von US-Soldaten, die 1950 bis 1953 im Koreakrieg im Norden der koreanischen Halbinsel getötet worden waren, übergeben habe.

Die Vereinbarung über die Rückgabe der sterblichen Überreste war beim historischen Gipfel von Trump und Kim Jong-un im Juni in Singapur getroffen worden.

Am 27. April hatten Südkoreas Präsident Moon Jae In und Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un sich dafür ausgesprochen, den Koreakrieg formal für beendet zu erklären.

Der Koreakrieg dauerte von 1950 bis 1953. Nach zweijährigen Verhandlungen wurde am 27. Juli 1953 ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32188/56/321885604.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 08. August 3:00 Uhr bis 09. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Gagarin-Bergwerk), Werchnetorezkoje Nishneje, Wasiljewka, Leninskoje, Kominternowo, Trudowskije, Staromichajlowka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 155.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 64.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Israel befremdet über „Ohrfeige“ aus Kolumbien.

Die israelische Botschaft in Bogotá hat die Anerkennung von Palästina durch die kolumbianischen Behörden als „Ohrfeige“ qualifiziert und gefordert, diesen Beschluss aufzuheben.

Die palästinensische Botschaft hatte am Mittwoch laut Medienberichten mitgeteilt, dass die Regierung der Republik Kolumbien beschlossen habe, Palästina als einen freien, unabhängigen und souveränen Staat anzuerkennen.

Die israelische Botschaft hat ihr „Befremden“ und ihre „Enttäuschung“ sowohl über die Beschlussfassung Kolumbiens als solche wie auch über deren Form geäußert.

„Es ist Ohrfeige, die einem treuen Verbündeten verpasst wurde. Das widerspricht dem Niveau der Beziehungen und der Verbundenheit unserer beiden Länder und ihrer Staatschefs“, hieß es bei der diplomatischen Mission.

Israel hat außerdem gebeten, die Entscheidung, die die bereits zurückgetretene Regierung von Ex-Präsident Juan Manuel Carlos getroffen hatte, zu revidieren.

Darauf sagte der kolumbianische Außenminister Carlos Holmes Trujillo, die Regierung werde alle Folgen dieser Entscheidung sorgfältig prüfen und im Einklang mit dem Völkerrecht verfahren.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hatte am 31. Mai bei einer Sitzung des Sicherheitsrates erklärt, die Gründung eines Palästinenser-Staats mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt müsse im Ergebnis eines politischen Prozesses erfolgen.

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zu Lage am 9. August 2108:

In den letzten 24 Stunden hat sich Situation an der Kontaktlinie verschärft. Der Gegner hat friedliche Ortschaften in allen Richtung beschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurden von Seiten der Kämpfer des Kriegsverbrechers Guds aus der 24. Brigade Werchnetorezkoje, **Wasiljewka** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen, auf die 15 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert und 60 Schüsse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgegeben wurden. Außerdem wurden Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Donezk** hat der Feind aus der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Martschenko **Staromichajlowka** und **Trudowskije** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** befanden sich **Kominternowo** und **Leninskoje** unter feindlichem Feuer, die mit Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen von den Zöglingen des Kriegsverbrechers Gnatow aus der 36. Brigade beschossen wurden.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **neun Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Die Lage in den ukrainischen Besatzungstruppen verschlechtert sich stetig. Immer mehr Soldaten, die ihr Gewissen bewahrt haben, erkennen den verbrecherischen Charakter der Beteiligung an den gegen das Volk gerichteten Kriegshandlungen und am Genozid der Bevölkerung des Donbass.

Gestern hat einer dieser Soldaten einen mutigen Versuch unternommen, seine Beteiligung an der Operation der Besatzungskräfte zu beenden und auf unsere Seite überzugehen. Als er sich unseren Positionen näherte, haben die ukrainischen Truppen massiv das Feuer mit Mörsern und Schusswaffen eröffnet.

Nach Ende des Beschusses wurde entdeckt, dass der Soldat, der versuchte auf unsere Seite überzugehen, durch die Verletzungen aufgrund der Detonationen der Mörsergeschosse seiner ehemaligen Kameraden gestorben war.

Wir haben die Leiche auf unser Territorium gebracht. Der Tote hatte seine Dienstwaffe bei sich und Dokumente des Mannschaftssoldaten der ukrainischen Streitkräfte Dmitrij Michajlowitsch Ukrainskij, geb. 1979, gebürtig aus dem Donezker Oblast.

Der Soldat der ukrainischen Streitkräfte hatte uns zuvor über seinen Übergang informiert, indem er sich über die bekannte Telefonnummer ... in Verbindung gesetzt hatte, aber die Situation veränderte sich und er kam an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit.

Andernfalls wäre der Übergang auf unsere Seite weniger gefährlich gewesen.

Als Ursache für seinen Übergang nannte der Soldat den vollständigen Zerfall der Disziplin und der Versorgung in der 24. mechanisierten Brigade, in der er Dienst tat. Diesen Verband kommandiert Oberstleutnant W.F. Guds, dessen Auftritt auf der heutigen täglichen Pressekonferenz der Besatzungskräfte vom Stab der OOS angekündigt wurde. Uns interessiert sehr, was dieser Kommandeur, der weder mit unseren friedlichen Bürgern noch mit seinen Untergebenen Mitgefühl hat, heute erzählen wird.

Wie wir sehen, ist dies bereits der zweite Soldat der ukrainischen Streitkräfte in den letzten

zehn Tagen, der auf unsere Seite übergeht.

Wir raten auch den übrigen zur Besinnung gekommenen Soldaten und Offizieren der Ukraine, auf unsere Seite überzugehen und sich nicht an Kriegsverbrechen wie dem Mord am eigenen Volk und friedlichen Einwohnern zu beteiligen.

Für diejenigen, die sich entschlossen haben überzugehen, ist immer folgende Telefonnummer ... (Telefon, Whatsapp, Viber, Telegram) in Betrieb sowie die Notfrequenzen..., über die Sie sich mit uns in Verbindung setzen können und wir Ihnen einen sicheren Übergang gewährleisten.

Allen, die sich ergeben, garantieren wir eine Amnestie, nachdem Überprüfungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

de.sputniknews.com: Rouhani warnt Nordkoreas Außenminister: Kein Vertrauen in die USA
Der iranische Präsident Hassan Rouhani hat während seines Treffens mit dem nordkoreanischen Außenminister Ri Yong Ho erklärt, dass die USA kein Partner seien, dem man vertrauen könne.

Das Vorgehen der US-Administration in den letzten Jahren „hat dazu geführt, dass das Land als unzuverlässig und unglaubwürdig in der Welt gilt, dass es seine Verpflichtungen nicht erfüllt“, wird Rouhani von der Nachrichtenagentur IRNA zitiert.

Medienberichten zufolge war Nordkoreas Außenminister Ri Yong Ho am 7. August zu einem offiziellen Besuch im Iran eingetroffen.

Am Montag waren die US-Sanktionen gegen den Iran, die nach dem Abschluss des Atom-Deals ausgesetzt wurden, wieder in Kraft getreten. Auch am Tag der Wiedereinführung der Sanktionen gegen den Iran bestätigte der amerikanische Präsident Donald Trump seine Bereitschaft, Verhandlungen mit dem Iran zu führen und einen neuen Atom-Deal zu vereinbaren.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Kreml äußert sich zu neuen US-Sanktionen:

Die mögliche Verhängung von neuen US-Sanktionen gegen Russland wegen Salisbury ist unfreundlich. Laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow ist eine solche Verbindung absolut inakzeptabel und illegal.

„Im Allgemeinen ist es natürlich notwendig zu sagen, dass wir die Verknüpfung von neuen Beschränkungen, die wir immer noch für illegal halten, mit dem Fall in Salisbury für völlig inakzeptabel halten“, sagte Peskow gegenüber der Presse.

Darüber hinaus betonte der Kreml-Sprecher, dass das russische Finanzsystem seine Stabilität bewiesen habe und Argumente über seine Instabilität im Zusammenhang mit der möglichen Einführung von neuen US-Sanktionen unpassend seien.

„Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unvorhersehbarkeit unserer ausländischen Partner müssen wir natürlich unser Finanzsystem in einem guten Zustand halten.“

Es sei auch kompliziert, solche unfreundlichen Entscheidungen mit der „nicht einfachen, aber konstruktiven“ Atmosphäre in Zusammenhang zu bringen, die bei dem Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump in Helsinki am 16. Juli geherrscht habe.

Ferner betonte Peskow, dass Washington ein unberechenbarer Teilnehmer an den internationalen Angelegenheiten sei:

„Wenn Sie uns fragen, ob Aktionen Washingtons in der jetzigen Zeit möglich sind, dann werden wir wahrscheinlich sagen, dass man von Washington jetzt was auch immer erwarten kann“, äußerte sich Peskow zu einem möglichen Verbot der russischen Fluggesellschaft

„Aeroflot“, Flüge in die Vereinigten Staaten zu absolvieren.

Er unterstrich jedoch, dass der Kreml zu dieser Frage keine offiziellen Erklärungen erhalten habe.

Es ist laut dem Kreml-Sprecher auch noch zu früh, über mögliche Gegenmaßnahmen Moskaus im Zusammenhang mit den neuen US-Sanktionen wegen des Falls im britischen Salisbury zu sprechen, weil „bislang unklar ist, worum es geht.“

„Erstens haben wir offizielle Aussagen über neue so genannte Sanktionen gehört, wir haben irgendeine hochrangige Quelle gehört, die von der Möglichkeit irgendeiner Art von restriktiven Maßnahmen gegen Russland sprach. Deshalb wäre es natürlich falsch, über Gegenmaßnahmen zu sprechen, bis wir konkret und offiziell erfahren haben, wovon die Rede ist“, schloss Peskow.

[Ukrinform.ua: Rakete trifft ukrainischen Militärwagen: Es gibt Tote und Verletzte.](#)

Am Mittwochabend hat eine Rakete der prorussischen Kämpfer ein Auto der Streitkräfte der Ukraine getroffen, wodurch ein Soldat getötet wurde und vier weitere verletzt wurden.

Darüber berichtet der Pressedienst der Lugansker zivil-militärischen Administration.

„Gestern Abend ist in der Nähe der Stadt Solotoje durch feindlichen Beschuss mit einem Panzerabwehrraketensystem ein Auto von ukrainischen Truppen getroffen worden“, so die Meldung.

Durch diesen Beschuss wurde ein Soldat getötet und vier wurden verletzt.

[de.sputniknews.com: Friendly fire statt Russen-Panzer: Warum Estland unter Nato-Beschuss geriet.](#)

Irina Alksnis

Der glimpflich ausgegangene Zwischenfall mit der Rakete des Typs AIM-120 AMRAAM, die von einem spanischen Kampffjet über Estland abgefeuert wurde, hat in Russland kaum für Aufsehen gesorgt. Doch in der baltischen Republik selbst und in ihren Nachbarstaaten ist es fast zu einer existenziellen gesellschaftspolitischen Krise gekommen.

Die Gründe sind offensichtlich.

Für die Nato-Strategen dient das Baltikum geopolitisch als künftiges Opfer der unvermeidlichen Aggression Russlands. Diese Rolle wird von den baltischen Staaten mit viel Elan gespielt.

Wie sich das Baltikum gegen eine vermeintliche russische Invasion wappnet, nimmt derart skurrile Züge an, dass man in Russland bereits Witze darüber macht. Die Nato setzt auf Panikmache vor dem Angriff des russischen Bären, weshalb Lettland, Litauen und Estland dringend geschützt werden müssen.

Die von spanischen Kampfpiloten abgefeuerte Rakete versetzte dieser ideenpolitischen Konstruktion einen zerstörerischen Doppelschlag.

Für jene, die tatsächlich daran glauben, dass Russland eine Bedrohung darstellt, kam nun ein ziemlich unangenehmer Fakt zutage. „Die Russen gehen“ nach Estland und ins Baltikum bereits seit vielen Jahren – und sind immer noch nicht angekommen. Doch für das baltische Land sind plötzlich die Beschützer aus der Nato zu einer realen Gefahr geworden. Zum Glück kam bei diesem Zwischenfall niemand ums Leben. Doch er hätte mit einer schrecklichen Tragödie enden können, wenn die Rakete beispielsweise ein Passagierflugzeug getroffen hätte.

Für den pragmatischen Teil der estnischen Gesellschaft ist das eine schmerzhaftes Erkenntnis. Die Angst vor einer militärischen Aggression Russlands ist für einen bedeutenden Teil der regierenden Elite und die estnische Gesellschaft ein gewöhnliches Mantra. Es ist ein gewinnbringendes politisches Spiel, das von den Spitzenpolitikern gespielt und vom Volk angenommen wird.

Die in Estland versehentlich abgefeuerte Rakete zeigte dem Land die unangenehme Wahrheit der Spiele in der großen Politik. Die baltischen Staaten wollten in die Nato und befinden sich nun direkt an der Front – mit allen entsprechenden Nachteilen.

Die baltischen Länder haben die eigene geopolitische Rolle nicht mit dem einfachen Leben gleichgesetzt. In ihrer Vorstellung existieren zwei Parallelwelten. Einerseits sind sie im Alltag ruhige, friedliche und sogar langweilige Republiken. Andererseits werden sie als Spielball in der großen Politik, als Opfer einer vermeintlichen russischen Invasion dargestellt, vor der die ach so tolle Nato sie schützen muss.

So war es – bis in der ruhigen Republik eine Kampftruppe der Luft-Luft-Klasse einschlug. Die Situation verschlimmert sich dadurch, dass die Position der estnischen Gesellschaft, die versucht zu klären, wie das alles geschah, nicht klar ist.

Die offizielle Position Estlands ist gekennzeichnet durch vorsichtige Formulierungen und Ausdrücke der Unzufriedenheit wegen des Geschehenen. So nannte der estnische Premier den Vorfall „sehr bedauerlich“. Die Gründe sind klar – die Republik ist nicht in der Lage, ihre Forderungen gegenüber der Nato unmissverständlich zu formulieren.

In den Kommentaren der Offiziellen aus der zweiten Reihe ist dagegen Nervosität und sogar Angst zu spüren. So fragt General a.D. Ants Laaneots direkt, wie es überhaupt „versehentlich“ dazu kommen konnte, weil der Pilot zum Abfeuern der Rakete nicht einen Knopf, sondern eine Kombination drücken muss. Andere Beobachter stellen die Frage, auf welches Ziel die Rakete überhaupt gerichtet war. Denn für ihren Start ist die Erfassung eines Ziels erforderlich. Auch das Thema der Reaktion Russlands darf nicht ignoriert werden, wäre die Nato-Rakete auf russisches Territorium geflogen.

Für Alarmstimmung bei den Esten sorgt auch die Tatsache, dass eine starke Explosion (die so mächtig war, dass einige sogar meinten, dass ein Krieg ausgebrochen ist) gehört wurde, doch die soll sich einige Stunden vor dem Vorfall ereignet haben.

Es gibt weitere Details, die mit der offiziellen Version kaum übereinstimmen und in der estnischen Gesellschaft für Verschwörungstheorien sorgen. Einige vermuteten, dass der Westen Estland zu einer Provokation gegen Russland (im Vorfeld des zehnten Jahrestages des Fünf-Tage-Krieges in Georgien) nutzen wollte, doch etwas sei schiefgegangen.

Diese plötzliche Paranoia in der Gesellschaft ist sehr anschaulich, selbst wenn sie unbegründet ist und alle Unstimmigkeiten während der Untersuchungen geklärt werden. Jene, die zwar keine besonderen Sympathien für Russland hegen, aber die Realität adäquat wahrnehmen, sollten erkennen, dass der Westen bei seiner Konfrontation mit Moskau in den vergangenen Jahren auf schmutzige Methoden zurückgreift. Natürlich ist es eine Sache, beim peinlichen Vorgehen Großbritanniens im Skripal-Fall ein Auge zuzudrücken. Doch eine andere Sache ist es, sich auszudenken, dass in einem kleinen Land wie Estland sich eine Flugzeugkatastrophe wie im Donezbecken wiederholen könnte. Zumal vernünftige Menschen seit einigen Jahren keine Zweifel daran haben, dass die wichtigsten westlichen Player bereit sind, die ruhige baltische Republik an der Grenze zu Russland zu opfern, wenn dies als zweckmäßig betrachtet wird.

Ironie des Schicksals: Der Westen hat mit seinem Verhalten dafür gesorgt, dass viele Menschen in den westlichen Ländern nun nicht mehr ausschließen können, dass er im Kampf gegen Russland schrecklichste und absolut amoralische Maßnahmen ergreifen könnte. Dass die estnische Gesellschaft in großen Teilen nun Zweifel an der offiziellen Version hat, zeigt, wie weit alles gekommen ist.

Im Ergebnis könnten baltische Offizielle versuchen, auch böswillige Pläne Russlands hinter diesem Zwischenfall zu sehen, wie beispielsweise der Präsident Lettlands, der erklärte, dass Moskau den Vorfall zu eigenen Zwecken nutzen könnte.

Doch sie können das Hauptproblem nicht loswerden.

Die drei baltischen Länder stießen zum ersten Mal – obgleich eher unerwartet – auf die spürbare Angst vor einer militärischen Bedrohung. Jetzt müssen sie sich an die neue Realität

gewöhnen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32188/89/321888931.jpg>

novorosinform.org: Die britische Polizei hat Graham Phillips gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Der berühmte britische Journalist Graham Phillips, der lange im Donbass arbeitete, teilte mit, dass die Polizei ihn nach seiner Inhaftierung in London freigelassen habe.

„Um dieses Thema abzuschließen. Ich wurde gegen Kautionsfreilassung freigelassen, und die Anklage gegen mich war das illegale Betreten des Botschaftsgeländes (Georgische Botschaft in London, A. d. Ü.). Sie haben meine Kameras und Materialien beschlagnahmt. Außerdem durfte ich mich nicht an die schmutzigen Lügner der georgischen Botschaft in Großbritannien wenden“, schrieb Phillips auf Twitter.

Er reagierte auch auf die Erklärung der ukrainischen Botschaft in Großbritannien, in der die britischen Behörden aufgefordert wurden, die terroristischen Aktivitäten von Phillips in der Ostukraine zu untersuchen.

„Kein schlechter Versuch der ukrainischen Botschaft“, schrieb er.

Phillips war am 8. August in London bei einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag des georgisch-ossetischen Krieges festgenommen worden.

Schon früher wurde berichtet, dass Graham Phillips am fünften Jahrestag der Ereignisse des EuroMaidan seinen eigenen Film über den Staatsstreich in der Ukraine vorbereitet. Laut dem Journalisten wird in England der „Maidan“ wegen der Position der Behörden aus einem positiven Blickwinkel wahrgenommen, und deshalb sollten die Menschen die Wahrheit über die Ereignisse in Kiew im Winter 2013-2014 erfahren...



<https://novorosinform.org/wp-content/uploads/2018/08/gremm-696x464.jpg>

de.sputniknews.com: „Kurzes Gedächtnis“: Moskau über EU-Auffassung zu georgisch-ossetischem Konflikt

Die ständige Vertretung Russlands bei der Europäischen Union hat in einem Kommentar Befremden über die Erklärung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, zum 10. Jahrestag des georgisch-ossetischen Konfliktes (des Kaukasischen Fünftagekrieges) geäußert.

Die EU-Chefdiplomatin hatte erneut hervorgehoben, dass die EU die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens unterstütze. Sie äußerte ferner Bedauern darüber, dass „die russische Militärpräsenz sowohl in Abchasien als auch in Südossetien weiterhin einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Verpflichtungen darstelle, die Russland im Rahmen des Abkommens vom 12. August 2008 unter Vermittlung der Europäischen Union übernommen hatte“.

Den russischen Diplomaten zufolge hinterlässt diese Deklaration einen merkwürdigen Eindruck – „als ob diese erst vor kurzem geschehene Geschichte von allen vergessen wurde, was Anlass dazu gibt, sie neu zu schreiben“.

„Angefangen mit der Überschrift, die sich auf ‚den Konflikt zwischen Russland und Georgien‘ beruft, wird das Bild von dem, was im August 2008 in Wirklichkeit geschah, verzerrt“, heißt es in einem Kommentar der ständigen Vertretung, der Sputnik zugewandt ist. Im August 2008 hatte Georgien Truppen in seine seit 1991 abtrünnige Provinz Südossetien geschickt, um diese zurückzuerobern. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört wurde, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden. Bei dem Angriff wurden zehn russische Blauhelme getötet und weitere 40 Soldaten verletzt.

„Es wurden Hunderte Zivilisten getötet, Tausende wurden obdachlos“, so die Botschaft. Wegen der direkten Bedrohung der in Südossetien lebenden russischen Bürger und des drohenden Völkermordes in der Republik hätte Russland seine Streitkräfte für die Friedenserzwingung einsetzen müssen.

„Aus irgendwelchem Grund hat es die EU für unangebracht befunden, diese Tatsache zu erwähnen. Stattdessen konzentrierte sie sich auf die ‚gedeihe Wirtschaft, Georgiens und stellte dieses Land als ‚Modell demokratischer Stabilität‘ dar.“

Indes seien viele Verbrechen des Regimes von Michail Saakaschwili, darunter die Militäraggression gegen Südossetien, offiziell bestätigt worden, darunter auch in einem im

Herbst 2009 veröffentlichten Bericht der internationalen unabhängigen Mission zur Ermittlung von Fakten des Konfliktes in Georgien unter Leitung der schweizerischen Botschafterin Heidi Tagliavini, heißt es.

„Wir sind davon erschüttert, was für ein kurzes und selektives Gedächtnis die Europäische Union demonstriert hat, und wir hoffen, dass sie in Zukunft von unbegründeten und politisierten Erklärungen absehen wird“, resümieren die Diplomaten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32188/98/321889814.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich verschärft. Trotz der Vereinbarung über den Waffenstillstand hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Geschossen wurde auf die Gebiete von **Prischib, Losowoje, Shelobok und Frunse**. Dabei verwendeten die ukrainischen Kämpfer weiter von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 80 Geschosse abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten die Kriegsverbrecher Tatus und Grusewitsch.

Bei der Verteidigung der Republik wurde durch Mörserbeschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **ein Soldat verletzt**. Ihm wurde rechtzeitig ärztliche Hilfe geleistet. Der Zustand des Soldaten ist derzeit stabil, sein Leben ist nicht in Gefahr.

Die Beobachter der OSZE-Mission haben in ihrem Bericht vom 8. August auf das Vorhandensein von **Soldaten der ukrainischen Streitkräfte am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 2 Perwomajsk-Solotoje** hingewiesen. Faktisch ist das eine grobe Verletzung von Punkt 8 der Rahmenvereinbarung vom 20. September 2016, entsprechend derer Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sich unter keinen Umständen in dem Trennungsabschnitt befinden dürfen. Aber die ukrainischen Kämpfer haben Personal, Waffen und Munition im Trennungsabschnitt Nr. 2 verstärkt sowie die Positionen zusätzlich technisch ausgestattet und Minensperren installiert. In Folge der ungeordneten Verminung in diesem Gebiet ist ein Militärfahrzeug auf eine Mine geraten. Das **URAL-Fahrzeug mit Personal, das im Trennungsabschnitt fuhr, geriet auf eine eigene Mine**, es gibt Verletzte. In dieser Woche haben unsere Luftabwehreinheiten **zwei ukrainische Drohnen abgeschossen**, aber die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte verwenden weiter Drohnen zur Luftaufklärung. So wurde der Flug einer Aufklärungsdrohne der 14. Brigade im Gebiet von Perwomajsk festgestellt. Die Aufklärung geschieht zur Festlegung von Objekten für den Angriff sowie zur Entdeckung von Positionen der Volksmiliz.

Außerdem führen **Vertreter ukrainischer und ausländischer Massenmedien** (die Zeitung

„Priasowskij rabotschij“, der Fernsehsender „112-Ukraina“, die Fernseh- und Radiogesellschaft „Ukraina“, die Agentur „Polaris Images“, der Fernsehsender „Belsat“, der Fernsehsender „5. Kanal“, die Agentur „Bloomberg“, der Fernsehsender „Inter“ vom 6. bis 12. August eine Sammlung von Informationen über die Aktivitäten der Einheiten der Volksmiliz in der Nähe der Kontaktlinie durch. Die Mitarbeiter der genannten Agenturen **haben die Aufgabe, Informationsprovokationen vorzubereiten und durchzuführen**, die auf die Diskreditierung der Führung der Republik und der Volksmiliz gezielt sind. In diesem Zusammenhang haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR ein wiederholtes Mal die Anweisung erhalten, nicht auf Provokationen zu reagieren und das „Regime der Ruhe“ weiter einzuhalten, die Minsker Vereinbarungen streng durchzuführen. Wir zielen auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass ab. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse des Schutzes unserer Bürger zu handeln. Die Einheiten der Truppenteile erhöhen planmäßig das Niveau ihrer Professionalität und Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und zur Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik.

de.sputniknews.com: **Spenden für den Donbass: Endspurt für das MRT-Gerät von Lugansk**

Das Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“ aus Thüringen hat im April 2018 das erste und einzige MRT-Gerät in die selbsterklärte Volksrepublik Lugansk in der Ostukraine geliefert. Jetzt braucht der Verein dringend Spenden, um das Gerät anzuschließen. Auch Ärzte und Kliniken in Deutschland helfen inzwischen dem Donbass.

Im April 2018 ist es dem Verein „Zukunft Donbass“ gelungen, ein MRT-Gerät, das von einer deutschen Uni-Klinik gespendet wurde, in die Volksrepublik Lugansk in der Ostukraine zu bringen. Sputnik hatte berichtet. Allerdings fehlt als letzter Baustein noch ein sogenannter Chiller (Kälteerzeuger) für die Installation. Dieser muss nun für 4000 Euro erworben werden. Dafür sammelt der Verein aktuell Spenden auf der Plattform Betterplace. Ein MRT-Gerät dient zur Kernspintomografie, einem Verfahren zur Darstellung der Organe des Körpers zur medizinischen Diagnostik. Das deutsche MRT in Lugansk ist das einzige in der Region und soll für die etwa 100.000 Einwohner kostenlos sein.

Zehn Transporte in zwei Jahren

Das Thema Ostukraine ist fast verschwunden aus den Medien. Das Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“ setzt trotzdem unbeirrt seine Arbeit fort. Es ist beachtlich und in Deutschland beispiellos, was dieser kleine Verein mit gerade einmal sechs Leuten unentgeltlich leistet. Seit gut zwei Jahren schicken die ukrainischstämmige Dr. Raissa Steinigk, die seit über 40 Jahren in Deutschland lebt, ihre Tochter Iwana und vier freiwillige Mitarbeiter regelmäßig Transporte mit Hilfslieferungen auf die lange Reise in die Ostukraine. Da Transportunternehmen aus Deutschland die Zusammenarbeit verweigerten, arbeitet der Verein mit einer Logistikfirma aus Belarus zusammen. Außerdem wählen sie den Umweg über Russland in die Volksrepubliken, da die Einreise über die ukrainische Grenzlinie in die abtrünnigen Gebiete durch aufwendige Kontrollen und Wartezeiten behindert wird. Auf diesem Wege ist es dem Verein gelungen, bisher zehn Transporte nach Lugansk zu schicken. Der Konflikt im Osten der Ukraine brach aus, als sich die beiden Regionen nach dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch 2014 für unabhängig erklärten. Die neuen Machthaber in Kiew schickten daraufhin die Armee in den Donbass, um die Gebiete zurückzuerobern. Dies führte zu heftigen Gefechten mit insgesamt über 10.000 Toten, darunter viele Zivilisten. Trotz einer beidseitigen Waffenruhe, die unter Vermittlung Frankreichs, Deutschlands und Russlands erreicht wurde, kommt es fast täglich zu Schüssen an der Demarkationslinie zwischen den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der Ukraine. Die Lage für die gut zwei Millionen Menschen in den

Volksrepubliken ist, vor allem entlang der Frontlinie, prekär. Humanitäre Unterstützung kommt vorwiegend aus Russland, aber auch von einigen wenigen internationalen Hilfsorganisationen.

Spenden für Krankenhäuser und Kinderheime

Konkret sammelt der Verein „Zukunft Donbass“ Spenden für Krankenhäuser und Kinderheime im Gebiet Lugansk.

Da die Krankenhäuser ebenfalls unter Beschuss geraten, von Granaten getroffen und beschädigt werden, ist die Aufrechterhaltung der Arbeit der Ärzte und des Krankenhauspersonals lebensnotwendig.

Leidtragende des Krieges sind auch Kinder. So hat der Verein „Zukunft Donbass“ seine Arbeit auf Kinderheime ausgeweitet. Erst im Mai dieses Jahres hatte das Aktionsbündnis einen LKW mit neun Tonnen Kindernahrung, die von der Firma Hipp gespendet wurde, nach Lugansk gebracht...

Link zum vollständigen Artikel: <https://sptnkne.ws/jpHg>

Lug-info.com: Vertreter der Öffentlichkeit der LVR haben vorgeschlagen, die Amtszeit des Republikoberhauptes und der Abgeordneten des Volkssowjets zu verlängern:

Am 12. Mai hat der Leiter unserer Republik Leonid Paseschnik in einer Ansprache an die Vertreter der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt das Programm zur sozialökonomischen Entwicklung der LVR für den Zeitraum bis 2023 vorgestellt, das die Bezeichnung „Unsere Wahl“ erhalten hat. Innerhalb einiger Monate davor haben mehr als 70.000 Bürger ihre Vorschläge für diese Entwicklungsstrategie eingebracht. Die Vorschläge, die in das Programm eingingen, sollen in einer fünfjährigen Perspektive eine Reihe sehr wichtiger Aufgaben lösen: der Wiederaufbau des zerstörten Wohnraums und von Objekten der kritischen Infrastruktur, die Industrie und Wirtschaft stärken, das Leben der Bürger des Donbass im ganzen verbessern.

Die Staatsorgane der LVR haben den Prozess der Sammlung von Vorschlägen angestoßen, sie bearbeitet, das Entwicklungsprogramm formuliert und vorgestellt – es ist gerecht, ihnen die Zeit zu geben, diese Arbeit abzuschließen und uns, den Bürgern der Republik, die Möglichkeit zu haben, die Ergebnisse dieser Arbeit objektiv zu bewerten. Gerade deshalb halten wir es für wichtig, diese Initiative über eine Verlängerung der Amtszeit der Staatsorgane vorzubringen und wollen uns an die Führung der Republik wenden mit der Bitte diese Initiative in Betracht zu ziehen.

Der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Grundorganisation „AMK“ der LVR, der Heizungsmaschinist Igor Wiktorowitsch Bartosch

Der Rektor der Lugansker Wladimir-Dal-Nationaluniversität Wiktor Dronowitsch Rjabitschew

Der Direktor für soziale Fragen und Alltagsfragen, der Vorsitzende des Rats der Veteranen des Unternehmens „Luganskteplowos“ Stefan Ignatjewitsch Kuschnarew

Die Dozentin des Lehrstuhls für Weltgeschichte und internationale Beziehungen der Lugansker Schewtschenko-Nationaluniversität, Oxana Andrejewna Dibas

Die Rektorin der Lugansker Schewtschenko-Nationaluniversität Jelena Nikolajewna Tregubenko

de.sputniknews.com: Westen erklärt sich im Skripal-Fall zum Staatsanwalt, Richter und Henker.

In seinen Vorwürfen gegen Russland in Bezug auf den angeblichen Einsatz des Nervengiftes „Nowitschok“ in Großbritannien agiert der Westen zugleich als Staatsanwalt, Richter und Henker. Dies erklärte die ständige Vertretung Russlands bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) am Donnerstag.

„Der kollektive Westen handelt im Skandal um den sogenannten ‚Nowitschok‘ zugleich als Staatsanwalt, Richter und Henker“, heißt es in der Mitteilung der Vertretung auf Twitter. „Warum muss Russland seine Unschuld beweisen und nicht umgekehrt? Nach fünf Monaten bleibt die Frage, ob irgendwelche Beweise vorgelegt worden sind? Die Antwort ist offensichtlich – nein.“

Am Mittwoch hatte das US-Außenministerium in Washington erklärt, dass am 22. August wegen des angeblichen Einsatzes von C-Waffen im britischen Salisbury neue US-Sanktionen gegen Russland in Kraft treten würden.

Zuvor hatte London OPCW-Experten eingeladen, Proben von der Substanz zu entnehmen, mit der sich zwei Menschen im britischen Amesbury vergiftet haben sollen.

Der russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März dieses Jahres auf einer Parkbank im südenglischen Salisbury bewusstlos aufgefunden worden.

London geht davon aus, dass die beiden mit dem Kampfstoff A234 vergiftet wurden, der in Großbritannien als „Nowitschok“ bekannt ist, und macht Russland für den Anschlag verantwortlich.

Moskau weist jegliche Anschuldigungen vehement zurück. Außenminister Sergej Lawrow erklärte im Mai, dass London im Skripal-Fall bislang keine Beweise für die Schuld Russlands vorgelegt habe.

av-zakharchenko.su: Heute, am 9. August, hat Alexandr Sachartschenko Vertreter der Baubranche zu ihren Berufsfeiertag gratuliert und staatliche Auszeichnungen überreicht. „Ich gratuliere Ihnen zum Berufsfeiertag. Ihr Beruf ist äußerst wichtig für das Land. Ich bin überzeugt, dass tausende von Menschen den Bauleuten gratulieren und ihnen für den Wiederaufbau von Wohnraum, für hochwertige und rechtzeitig erledigte Reparaturen, für die Arbeit unter Beschuss danken werden“, sagte der Oberhaupt. Für erhebliche berufliche Errungenschaften wurde der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez mit der Medaille „Für Heldenmut bei der Arbeit“ ausgezeichnet. Die Ehrenbezeichnung „Verdienter Baumeister der Donezker Volksrepublik“ wurde Wladimir Muschtschanow, dem Prorektor für wissenschaftliche Arbeit der Donbasser Nationalakademie für Bauwesen und Architektur für besondere Verdienste im beruflichen Bereich verliehen. Außerdem überreichte das Staatsoberhaupt Bauarbeitern, die besondere Leistungen bei der Arbeit erbracht haben, Ehrenurkunden.

de.sputniknews.com: Lügen mit System: Wie Meineid gegen Moskau die Weltordnung zerrüttet

Iswestija

Es ist kein Patzer und keine Schlamperei. Dass bei Anklagen gegen Russland falsche Behauptungen als „Beweise“ ausreichen, hat System. Diesem System werden Rechtsgrundsätze geopfert, sagt der Londoner Anwalt Michael Swainston. Ein Verlust vor allem für die internationale Rechtsordnung – und die Weltöffentlichkeit.

Als Michael Swainston anfang, Russlands Interessen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu vertreten, fielen ihm allerhand Unstimmigkeiten bis hin zu offenen Widersprüchen auf, die die Gegenseite einfach ignorierte.

Geklagt hatte Georgien, im Zusammenhang mit dem Fünf-Tage-Krieg vom 8. August 2008. Einer der Vorwürfe lautet, dass Moskau in dem Krieg angeblich Waffen eingesetzt habe, die international geächtet seien. Außer Georgien hat auch die Ukraine einige Klagen gegen Russland erhoben.

Seine Belege dafür, wie haltlose Behauptungen, manipulierte Bilder und inszenierte Videos als „Beweismittel“ gegen Moskau vorgebracht werden, hat der Rechtsanwalt Swainston von der Londoner Anwaltskanzlei Brick Court Chambers in einer 160-seitigen Akte

zusammengetragen.

In diesem Bericht weist der Rechtsberater nach, dass Falschmeldungen und deren vielfache Veröffentlichung durchaus eine Strategie sind, um die öffentliche Meinung in eine bestimmte Stoßrichtung zu lenken. Soziale Netzwerke, angesehene Medien und renommierte internationale Organisationen sind die Stützpfiler und Kanäle dieser Strategie.

Als der britische Rechtsanwalt sich mit der Sachlage befasste, fielen ihm, wie er sagt, einige Ungereimtheiten bei der Beschreibung von Vorfällen auf, die sich während des innerukrainischen Donbass-Konflikts ereignet haben.

Diese seltsamen Abweichungen legten die Grundlage für die Anschuldigungen gegen Russland beim Internationalen Gerichtshof und dem EGMR.

„Die Tendenz, Falschmeldungen und falsifizierte Beweise zu verwenden, sind eine ernste Gefahr für das internationale Rechtssystem, für den Frieden und für die Sicherheit auf der Welt“, sagt Michael Swainston und mahnt: „Wir müssen gegenüber zweifelhaften Bildern und Videos aus dem Internet kritisch sein. Wir dürfen sie nicht als Tatsache betrachten.“

Wie schlichte Behauptungen zu Tatsachen umgemodelt werden, zeigt der Rechtsberater an einem Beispiel aus der Klage Georgiens gegen Russland. Demnach hatte die georgische Führung im August 2008 erklärt, die russische Armee habe Dörfer und Siedlungen in Georgien mit Streumunition bombardiert.

Dieser schwere Vorwurf basierte allein auf einer Meldung der Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch (HRW), die wenige Tage vor der offiziellen Erklärung aus Tiflis behauptet hatte, Russland setze diese Art von Munition ein. Dabei hatten die Menschenrechtler lediglich „bestimmte Quellen“ als Beweis vorgebracht.

Darauf gestützt erklärte der Chef-Analyst von HRW, Marc Garlasco, (langjähriger Mitarbeiter der US-Militäraufklärung): „Zahlreiche Menschen starben, weil Russland Streumunition in Georgien einsetzte, ungeachtet dessen, dass Moskau den Einsatz dieser barbarischen Waffe ablehnt.“

Das ist der Weg, auf dem eine haltlose Anschuldigung gegen Moskau nach mehrfacher Veröffentlichung und einer „Autorisierung“ durch einen respektabel anmutenden Experten die Gestalt einer gerichtlichen Anklage annimmt.

Weitere Belege und Beweise dieser Aussagen waren plötzlich irgendwie nicht mehr nötig, weil ja alle (außer Russland) diese Behauptungen bejahten. Es stimmt, dass HRW sich auch auf Aussagen georgischer Dorfbewohner berief, mit denen die Menschenrechtsaktivisten angeblich gesprochen hatten. Beweise, dass die Gespräche tatsächlich stattfanden, fehlen aber. Im Übrigen wurde die aufmerksamkeitsheischende Anklage gegen Moskau durch ein Foto „bekräftigt“, dass die Menschenrechtsorganisation anschließend von ihrer Internetseite löschte. Eine Bombe von der geächteten Art sollte angeblich auf dem Bild zu sehen gewesen sein.

Die Juristen, die die russischen Interessen in dem Streit vertreten, stellten gemeinsam mit russischen Experten fest, dass auf dem besagten Foto keine Bombe, sondern eine Rakete zu sehen war.

Aber davon abgesehen: Wenn damals wirklich irgendwer Streumunition einsetzte, so muss doch daran erinnert werden, dass das georgische Militär vor dem Fünf-Tage-Krieg im August 2008 Streubomben vom Typ M85 in Israel beschafft hatte, die in mehreren Ortschaften in Georgien auch gefunden wurden.

Am 31. August 2008 bekannte das georgische Verteidigungsministerium in einem Schreiben an Human Rights Watch, Streubomben auf russische Armeetechnik abgeworfen zu haben. Der damalige georgische Vize-Verteidigungsminister bestätigte in einem Interview sogar, dass die „russische Offensive“ nur deshalb „für einige Tage“ aufgehalten werden konnte.

Halten wir also fest: Erst werden auf georgische Dörfer georgische Streubomben abgeworfen, dann bedient sich Tiflis angeblicher Beweise von HRW, um Russland anzuklagen, und es macht sich niemand die Mühe, die georgische Führung für diese Taktik wenigstens

ansatzweise zu rügen. Stattdessen hagelt es Vorwürfe gegen Moskau.

Außerdem gab es noch ein Foto, das als weiterer Beweis für den angeblichen Einsatz russischer Streubomben dienen sollte: Die Überreste einer Rakete auf einem Sofa in einem Wohnhaus im georgischen Gori.

In den Unterlagen der holländischen Untersuchungsmission hieß es, das Bild sei von der Organisation HALO Trust bereitgestellt worden. Später erst stellte sich heraus, dass der Navy-Fotograf Jim Hoft Urheber dieser Aufnahme ist.

Gemacht hatte er das Bild bei einem Besuch von Vertretern des US-Außenministeriums in Georgien. „Eine fast komplette russische Rakete im Schlafzimmer eines Wohnhauses in Gori“, heißt es dazu auf der Webseite der US-Navy.

Der britische Anwalt Michael Swainston hat sich auch damit befasst. Das ist sein Ergebnis: Das Raketenteil wiegt mehrere hundert Kilogramm und kommt mit einer höheren Geschwindigkeit vom Himmel als eine Gewehrkugel.

„Es ist unmöglich, dass das Raketenteil an einer Stelle in ein Zimmer im oberen Stockwerk einschlägt und sanft in einer anderen Ecke des Zimmers landet. Die Rakete hätte bei einem Vertikalflug das komplette Gebäude durchschlagen“, so der Jurist.

Warum derlei „Beweise“ herbeimanipuliert werden, ist dem Anwalt auch klar: Es muss ein bestimmtes Bild von Russlands Rolle im Fünf-Tage-Krieg entstehen.

Analog dazu verfährt auch die Ukraine im Infokrieg, den die ukrainische Führung gegen Russland entfacht hat. Die allermeisten Vorwürfe gegen Moskau baut Kiew auf „Fakten“ aus sozialen Netzwerken, manipulierten Fotos und schlichten Lügen auf.

Seit mehreren Jahren schon versuchen die Kiewer Machthaber mithilfe internationaler Organisationen zu beweisen, dass Russland die Aufständischen im Donbass angeblich mit Artillerieraketenwerfern beliefert.

Dass diese Systeme vom Typ „Grad“ aus ukrainischen, im Osten des Landes zurückgelassenen Beständen stammen können, wird dabei aus einem nicht ersichtlichen Grund ausgeschlossen.

Die Anklage wird auf dem Foto eines Lastwagens mit verwischten, aber angeblich russischen Abzeichen aufgebaut. Entkräftet wird dieses „Beweismaterial“ jedoch dadurch, dass ein und derselbe Lastwagen auf unterschiedlichen Fotos in unterschiedlichem Anstrich zu sehen ist. Das Gleiche gilt auch für die Versuche, eine Beteiligung russischer Armeeangehöriger ohne Abzeichen am Donbass-Konflikt nachzuweisen. Einige solcher angeblichen Beweisstücke stammen dabei aus den sozialen Netzwerken.

Der US-amerikanische Thinktank „The Atlantic Council“ veröffentlichte einst ein Foto aus dem russischen sozialen Netzwerk „Odnoklassniki“, auf dem russische Armeetechnik in einer Marschkolonne zu sehen ist, wobei eines der Kampffahrzeuge mit einem Nummernschild gekennzeichnet ist.

Einen Monat später publizierte das namhafte „Bellingcat“-Portal das gleiche Foto, nur dass das Nummernschild diesmal fehlte. Zu erklären ist das Mysterium so: Im ersten Fall sollte Russlands Beteiligung am Ukraine-Konflikt, im zweiten Fall die Präsenz russischer Truppen ohne Abzeichen im Donbass „bewiesen“ werden.

Was diese Fotos tatsächlich belegen, ist nur die Unzuverlässigkeit von Bild- und Videomaterial aus dem Internet, sagt Rechtsanwalt Swainston.

Dabei sehen nationale Rechtssysteme Strafen für Fälschung von Beweismitteln vor. Auf nationaler Ebene ist allein schon der Versuch strafbar, falsche Angaben zu machen – also auch gefälschte Informationen als Tatsachen darzustellen, erinnert der russische Politologe Adschar Kurtow vom Russischen Institut für strategische Analyse.

Aber bei internationalen Organisationen – etwa dem EGMR – sind gar keine Mittel vorgesehen, derlei Vergehen zu ermitteln und zu ahnden. „Sogar wenn Fälschungen auffliegen, hat das für den Verantwortlichen meist gar keine Konsequenzen, außer dass er vielleicht den Streit verliert“, erklärt der Politologe.

Der britische Rechtsanwalt mahnt: „Internationale Gerichte können in Streitfällen nur dann erfolgreich urteilen, wenn bei der Faktenfeststellung die Grundsätze der Objektivität und Transparenz eingehalten werden. Anderenfalls geht das Vertrauen zu den Gerichten verloren. Und das bedroht das gesamte System des internationalen Rechts.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32189/21/321892106.jpg>

de.sputniknews.com: Sacharowa: Terror-Herde im Südwesten Syriens vollständig vernichtet. Die Terror-Herde im Südwesten Syriens sind laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, vollständig vernichtet worden.

„Im Südwesten Syriens sind die Terror-Herde vollständig vernichtet worden. Die Kontrolle an der Grenze zu Jordanien ist wiederhergestellt. Der Prozess der Normalisierung in den von Terroristen befreiten Gebieten geht zu Ende“, sagte Sacharowa am Donnerstag gegenüber der Presse.

Wie die Sprecherin ferner betonte, ist der Wiederaufbau der Infrastruktur in den befreiten Ortschaften der Provinzen al-Quneitra und Deraa in vollem Gange. Auch den zurückkehrenden Anwohnern werde die nötige Hilfe erwiesen.

Anfang August wurde mitgeteilt, dass Damaskus mit Unterstützung der russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte die Territorien der Provinzen Suweida, Deraa und al-Quneitra unter seine Kontrolle gebracht habe.

Die südlichen Gebiete Syriens, zu denen die Provinzen Deraa, al-Quneitra und Suweida gehören und die an Israel und Jordanien grenzen, gehören zu der im Juli 2017 nach einer Vereinbarung Russlands, der USA und Jordaniens gebildeten Deeskalationszone.

Dan-news.info: Der oberste Gerichtshof der DVR hat die Ergebnisse einer Kontrolle der Mitteilungen aus der russischen Zeitung „Nowaja Gaseta“ über ungesetzlich verurteilte und auf dem Territorium der DVR gefangen gehaltene Bürger der RF veröffentlicht. Dies teilte heute der Pressedienst des Gerichts mit.

„Der Oberste Gerichtshof der DVR hat eine Überprüfung der Informationen von „Nowaja Gaseta“ vom 30. Juli 2018 über Bürger der RF, die angeblich nach Behauptung der „NG“ ungesetzlich in der DVR verurteilt wurden, durchgeführt. Es wurden Informationen über sieben Personen, die in dem Artikel genannt wurden, eingeholt“, heißt es in der Mitteilung. Nach dem Ergebnis der Überprüfung wurde festgestellt, dass fünf Personen – W.W.

Apanassow, K.M. Kotow, K.S. Naumow, W.W. Ustjanzew, L.A Tschajkowskaja tatsächlich Bürger der RF sind. Zwei Personen, O.A. Ortschkow und W.W. Tschernyschewa, sind keine russischen Freiwilligen oder Bürger Russlands. Alle genannten Personen, mit Ausnahme von L.A. Tschajkowskaja und W.W. Tschernyschewa wurden für besonders schwere Verbrechen,

darunter Mord und Raubüberfall, verurteilt. Außerdem war nur W.W. Apanassow zum Zeitpunkt des Verbrechens Soldat der DVR und wurde von einem Militärgericht verurteilt. „Verstöße im Gerichtsverfahren in diesen Angelegenheiten wurden nicht festgestellt. Die Fälle wurden von den Richtern unter Einhaltung der Anforderungen des Strafprozessrechts behandelt, mit Beteiligung von Anklage und Verteidigung, sie wurden offen und transparent durchgeführt“, teilte der Pressedienst mit.

„Bezüglich den Personen, die von Rechtsschutzorganen der DVR festgenommen oder in Untersuchungshaft gehalten werden, deren Angelegenheiten nicht an Gerichte übergeben wurden, liegen dem Gerichtssystem der DVR keine Informationen vor“, heißt es in der Mitteilung, die auf der offiziellen Seite des Gerichtshofs veröffentlicht ist.

(Die Presseerklärung des obersten Gerichts geht ausführlich auf jeden einzelnen Fall ein, Anm. d. Übers.).

de.sputniknews.com: „Jenseits der Vernunft“: Kreml über Vorstoß von US-Senatoren
Die Vorschläge der US-Senatoren, Russland als Sponsor des Terrorismus einzustufen, hat der Pressesprecher des Kremls, Dmitri Peskow, als „jenseits der Vernunft“ bezeichnet, da die Frage bezüglich der Sponsorschaft des Terrorismus an die Länder gerichtet werden sollte, die die in Syrien verbliebenen Terrorvereinigungen unterstützen.

Die Zeitung „Kommersant“ hatte zuvor den Text eines Gesetzentwurfes über neue Sanktionen gegen Russland veröffentlicht, der von dem Republikaner Lindsey Graham und drei seinen Kollegen vorbereitet wurde. Dem Blatt zufolge fordern die Mitglieder des US-Kongresses, insbesondere vom US-Präsidenten Donald Trump, die Dollar-Verrechnungen der russischen Banken zu sperren, den US-Residenten Geschäfte mit Russlands Staatsschulden zu verbieten sowie die Frage hinsichtlich der Einstufung Russlands als „Sponsor-Staat des Terrorismus“ endgültig zu entscheiden.

„Sehr viele hitzige Köpfe arbeiten in gesetzgebenden Behörden unterschiedlicher Länder. Und manchmal lassen diese Köpfe zu emotionelle und jenseits der Vernunft liegende Äußerungen zu. Jedes Mal verfolgen wir sie aufmerksam und versuchen zu verstehen, inwiefern dies einen Zusammenhang mit der offiziellen Position dieses oder jenes Landes hat“, antwortete Peskow danach gefragt, wie der Kreml einen derartigen Vorschlag wahrnehme.

„Hier kann nur eine rhetorische Frage gestellt werden. Zurzeit, wo wir in Syrien noch die verbleibenden Terrorgruppierungen beobachten, und uns bestens im Klaren sind, wer und wie diese Vereinigungen sponsert, kann diese Frage an andere Länder gerichtet werden: Wer ist eigentlich der wahre Sponsor des Terrorismus?“, so Peskow.